

Griechenland-Krise

Wer ist ein guter Europäer?

Als Folge des Griechenland-Debakels kämpfen Europa-Illusionisten und Europa-Skeptiker um die Deutungshoheit über Europas Zukunft. Es ist eine Debatte am Scheideweg. Einer, der es schon früh besser wusste, war Ludwig Erhard.

12.08.2015, von Jürgen Jeske



© AFP Am Untergehen: Der EU und Griechenland ist mit einem weiter-so nicht mehr zu helfen.

Ludwig Erhards Fragestellung aus der Frühzeit der europäischen Integration 1955 scheint aktueller denn je. Der deutsche Wirtschaftsminister hatte damals in der Diskussion über die beste Form des europäischen Zusammenschlusses bezweifelt, ob eine institutionelle Lösung durch einzelne supranationale Einrichtungen wie die Montanunion besser sei als eine europäische Ordnungspolitik. Mit diesen Zweifeln hatte er sich dem Verdacht ausgesetzt, kein oder ein schlechter Europäer zu sein.

Auch heute angesichts des nicht enden wollenden griechischen Debakels geht es darum, welcher Weg zur Zukunftssicherung Europas der beste ist. Griechenland bleibt ein Fass ohne Boden, das auf bisherige Weise nicht zu retten sein wird. Im Gefüge des Euroraums, aber auch der EU, zeichnen sich schon Risse ab. Welches sind da gute oder schlechte Europäer? Sind es die Europa-Illusionisten, die um nahezu jeden Preis auf den eingeschlagenen Wegen weitergehen wollen? Oder sind es die Europa-Skeptiker, die statt pathetischer Beschwörungen lieber bescheidenere, aber dafür effektivere Lösungen anstreben? Sind es die Brüsseler Zentralisten oder diejenigen, die Gemeinsamkeit mit Regeln wollen? Erhard hatte schon damals zu Recht gefragt, ob es denn nur einen Weg und eine Methode hin zu Europa gebe? Ebenso kritisierte er die Unduldsamkeit der Integrationsverfechter und ihr „Unfehlbarkeitsdogma“. So ähnlich würde er wohl auch heute denken.

Erhards Erbe nach wie vor aktuell

Als liberaler Ökonom hatte Erhard von Anfang an eine Integration durch freie Märkte ohne bürokratische Institutionen, aber mit gemeinsamen Regeln gewollt. Dem zunächst kleinen Europa der sechs stand er misstrauisch gegenüber. Damit befand er sich im Gegensatz zu Kanzler Konrad Adenauer, der zwar viele Ansichten Erhards teilte, aber das politische Projekt vor Augen hatte und Nachkriegsdeutschland selbst mit ökonomisch bestreitbaren Schritten schnell in den Westen integrieren wollte. Dieser Widerstreit vom

Primat der Politik und ökonomischer Ratio zieht sich bis heute durch den Prozess der Integration. Leider hat dabei nicht selten politisches Wunschdenken über wirtschaftliche Abwägung gesiegt.



© dpa, Deutsche Welle Griechenland: Sparen im Alltag

Vor diesem Hintergrund bleibt Erhards Hinterlassenschaft aktuell. Natürlich sind viele seiner Gedanken zeitbedingt. Doch in einer Zeit ordnungspolitischer Orientierungslosigkeit sollte man sich an sie erinnern. So schrieb Erhard 1955: „Die Vorstellung, dass ein gemeinsamer Markt gleiche Wettbewerbsbedingungen im Sinne gleicher Belastungen, gleicher Löhne, gleicher Arbeitszeit oder gleicher Teilkosten voraussetzt und deshalb ein System von Ausgleichskassen in Richtung einer Nivellierung wirksam werden müsste, ist mit den praktischen Erfahrungen und theoretischen Erkenntnissen vom Wesen einer internationalen Arbeitsteilung nicht in Einklang zu bringen. Dieser Weg des geringsten Widerstands wird nicht zu Europa hin-, sondern, wie ich befürchte, von Europa wegführen.“

Erhard wollte ein föderativ aufgebautes Europa der Vielfalt, geleitet vom Subsidiaritätsprinzip und Wettbewerb. Voraussetzung für ein gemeinsames Europa war für ihn, „dass zuvörderst die innere Ordnung der Volkswirtschaften in nationaler Verantwortung sicherzustellen sei, weil sonst die Integration zu einem übernationalen Dirigismus führen müsse“. Von solcher innerer Ordnung ist leider immer weniger zu spüren.

Über Wirtschaft und Währung lässt sich keine Union herbeiführen

Erhard war auch nicht in nationalstaatlichem Denken befangen, sondern dachte in freien Märkten. Marktwirtschaften sprengten aus dem System heraus die nationale Enge, schrieb er 1955 in dieser Zeitung. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Politiken, Wirtschaftsmentalitäten und Lebensformen in Europa erschien ihm jedoch zweifelhaft, ob eine wirtschaftliche Integration automatisch zu einem Staatsgebilde führen müsste. Die jetzige Krise in der Gemeinschaft zeigt, dass es eine Illusion war zu glauben, mit dem Hebel von Wirtschaft und Währung eine politische Union herbeiführen zu können.

Immerhin ist mit der bisherigen Integration etwas gelungen, was sich nach dem Zweiten Weltkrieg niemand auf dem blutgetränkten und von Trümmern übersäten Boden des Kontinents vorstellen konnte. Verfeindete Nationen haben in Westeuropa zueinander gefunden, genießen Freizügigkeit und wirtschaften erfolgreich zusammen. Dass mit dem Bankrott des Kommunismus selbst der trennende Eisener Vorhang fiel, war nicht zuletzt auch der Wirtschaftskraft der EU zu danken. Am Ende steht eine europäische Gemeinschaft mit 500 Millionen Einwohnern, einer Wirtschaftsleistung vergleichbar jener der Vereinigten Staaten und eine Währung, die sich zumindest noch bisher als stabil erwiesen und als Reservewährung etabliert hat.

Heute herrscht Misstrauen und Verdruss

Doch Europa steht jetzt an einem Scheideweg, wie schon öfter in seiner Geschichte. Die Europäer haben sich mit der Integration übernommen. Die Wirtschaftsleistung schwächelt, die Schuldenberge wachsen und wachsen. Die politische Gemeinsamkeit wurde überschätzt, vor allem, was das zu Recht von vielen Bedenken begleitete und mit Konstruktionsfehlern behaftete Eurowährungsexperiment angeht. Zugleich wurden die in Sonntagsreden so oft beschworene Vielfalt und die daraus entspringenden Fliehkräfte unterschätzt. So regen sich längst überwunden geglaubte nationale Gefühle. Die frühere Begeisterung für Europa ist bei den Völkern inzwischen Misstrauen und Überdruß gewichen. Den Engländern passt der Brüsseler Zentralismus nicht. Die Franzosen stört wie eh und je Deutschlands Wirtschaftskraft und seine neugewonnene politische Rolle.

Auf diesem Boden gedeihen rechts und links politische Strömungen, die auf ein anderes Europa zielen. An die Stelle der wirtschaftlichen Gemeinschaft, die Europa vorangebracht hat, soll eine Sozial- und Transferunion mit starker Umverteilung treten. Es ist daher notwendig, jetzt innezuhalten und die europäischen Einrichtungen auf ihre Zukunftsfähigkeit zu überprüfen und notfalls umzugestalten. Diese Debatte hat schon begonnen. Erhard hat 1959 in Rom in einer Rede dazu treffend gesagt: „Es ist in Europa eine Art Mystizismus aufgekommen. Man tut so, als ob die geschaffenen Institutionen unantastbar oder überhaupt gegen jede Kritik gefeit sein müssen. Können wir wirklich annehmen, dass diese Verträge göttlicher Weisheit entsprechen?“ Das ist zugegeben ein heikles Unterfangen. Doch mit einem Weiter-so wird am Ende auch das Fundament des gemeinsamen Europas Schaden nehmen. Dann erübrigt sich die Frage nach guten oder schlechten Europäern.

Jürgen Jeske war von 1986 bis 2002 einer der Herausgeber dieser Zeitung und ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.